

Mehr Belastung für Bauern und Tiere: MERCOSUR-Abkommen in der Kritik

Tierschutz Austria fordert ein Veto gegen das MERCOSUR-Abkommen, das gefährliche Antibiotika- und Hormonpraktiken im Importfleisch erlaubt.



In Brasilien werden verbotenen Substanzen nach wie vor routinemäßig in der Tierzucht eingesetzt. Landwirte sind dort nicht zur Dokumentation des Hormoneinsatzes verpflichtet. © Unsplash / Felipe Schiarolli

Das Thema **Antibiotika** und **Hormone** in der Tiermast sorgt aktuell für erhebliche Diskussionen, insbesondere im Kontext der geplanten Freihandelsbeziehungen zwischen der EU und den **MERCOSUR**-Staaten. Während in Europa strenge Vorschriften zur **Tierhaltung** und Fütterung gelten, sind in Ländern wie Brasilien und Argentinien Praktiken weit verbreitet, die in der EU als nicht akzeptabel gelten. Tierschutz Austria erhebt schwere Vorwürfe gegen das geplante Abkommen und fordert ein klares Veto aus Österreich.

MMag.a Dr.in **Madeleine Petrovic**, die Präsidentin von **Tierschutz Austria**, sieht in dem bevorstehenden Freihandelsabkommen eine ernste Bedrohung für die österreichische Landwirtschaft und den Tierschutz. Autoexporte im Abtausch gegen die Senkung von **Tierschutzstandards** sind keine Option, erklärt sie und warnt gleichzeitig vor den negativen Auswirkungen auf die bestehende Landwirtschaft in Österreich. Angesichts eines anhaltenden Bauernsterbens ist dieser Handel besonders besorgniserregend.

Unhaltbare Zustände in MERCOSUR-Staaten

Seit dem Jahr 1988 gilt in der EU ein umfassendes Verbot für die Verwendung von Hormonen wie 17-beta-Östradiol, Testosteron und anderen Substanzen in der Nutztierhaltung. Dennoch lässt ein neuer Bericht der EU-Kommission aus 2024 aufhorchen: In Brasilien werden diese verbotenen Substanzen nach wie vor routinemäßig eingesetzt. Besonders alarmierend ist die Tatsache, dass Landwirte dort nicht zur Dokumentation des Hormoneinsatzes verpflichtet sind, was die Rückverfolgbarkeit von Exportprodukten weiter erschwert. Diese Missstände gefährden die Gesundheit der Verbraucher und stellen eine klare Abweichung von den hohen Standards innerhalb der EU dar.

Was in der EU seit über 30 Jahren verboten ist, soll durch dieses Abkommen über die Hintertür wieder legalisiert werden. Das ist nicht akzeptabel, kritisiert Petrovic und macht deutlich, dass die Produzenten in MERCOSUR-Staaten weiterhin unter Bedingungen arbeiten, die als tierschutzwidrig gelten.

Negative Auswirkungen auf die heimische Landwirtschaft

In den letzten drei Jahrzehnten hat in Österreich fast jede zweite Landwirt:in aufgegeben. Das MERCOSUR-Abkommen könnte diese Entwicklung verschärfen, indem es Billigimporte von Fleisch aus Ländern mit niedrigen Standards begünstigt.

ØVP wo bleibt euer Kampf für die Landwirte und Landwirtinnen Österreichs? , fordert Petrovic. Ihr Appell für eine faire und nachhaltige Landwirtschaft wird durch die drohende Konkurrenz aus dem Ausland unterstrichen.

Zusätzlich zu den wirtschaftlichen Implikationen sehen Tierschutzorganisationen auch schwerwiegende Risiken für die Umwelt und die Gesundheit. Der Raubbau an Regenwaldflächen für die Rinderzucht und den Sojaanbau hat verheerende Auswirkungen auf die Biodiversität. Der Pestizidatlas der Heinrich Böll-Stiftung verweist auf die gesundheitlichen Gefahren, die durch den Einsatz von giftigen Chemikalien in diesen Regionen entstehen eine Situation, die durch verstärkten Handel noch bedrohlicher wird.

Dieses Abkommen opfert das Wohl von Mensch, Tier und Umwelt für kurzfristige Profite. Das dürfen wir nicht zulassen , betont Petrovic nachdrücklich.

Die österreichische Bevölkerung zeigt sich derweil deutlich gegen das MERCOSUR-Abkommen. Wenn die EU-Kommission gegen den Willen der Bevölkerung agiert, dann überschreitet sie ganz klar ihr Mandat , warnt Petrovic und betont die Notwendigkeit eines klaren Vetos durch die nationalen Vertreter im Brüsseler Entscheidungsprozess.

In diesem Zusammenhang hat Tierschutz Austria klare Forderungen aufgestellt:

1. Ein Veto gegen **MERCOSUR**: Österreich muss seine Stimme gegen dieses Abkommen erheben.
2. Strenge **Einfuhrkontrollen**: Nur Produkte, die den EU-Standards entsprechen, dürfen auf den Markt gelangen.
3. Transparenz für Konsumenten: Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht zu erfahren, wie ihre Lebensmittel produziert werden.

Die Verantwortung liegt nun bei der Politik, die gefordert ist,

Tierschutz, Umwelt und Gesundheit der Bevölkerung zu
schützen.

Besuchen Sie uns auf: fleischundco.at